

Bontrup-Erweiterung, die erste: zur Logik und zur Politik

Von Heiner Flassbeck und Friederike Spiecker | 26.09.2014 (ediert am 21.12.2016)

[Unsere Kritik an Professor Heinz-Josef Bontrups Aussagen zur Arbeitszeitverkürzung \(AZV\)](#) hat einigen Wirbel hervorgerufen. Manche Leser kritisieren, hier fänden persönliche Hahnenkämpfe oder akademische Haarspaltereien statt, andere bedauern, dass es unter den progressiven Ökonomen immer solch heftigen Streit gibt statt politisch dringend benötigter Einigkeit, noch andere aber bestätigen uns darin, auch hier kritisch zu sein und in unseren Bemühungen um Aufklärung und Erklärung nicht nachzulassen. Wir hatten schon angekündigt, noch einmal die relevanten Fälle von Lohnreaktionen auf Produktivitätssteigerungen darzustellen und werden das auch tun.

Vorher scheint es uns aber wichtig klarzustellen, warum diese Auseinandersetzung so zentral ist, warum es hier weder um persönliche Hahnenkämpfe noch um akademische Haarspaltereien geht, sondern um den Kern der wissenschaftlichen Auseinandersetzung mit der neoklassischen Theorie und der aus ihr abgeleiteten neoliberalen Politik.

Wir sind außerdem der Auffassung, dass eine klare Analyse der Zusammenhänge, wie Arbeitslosigkeit entsteht, am Anfang jedes Versuchs stehen muss, politische Mehrheiten für eine erfolgreiche Wirtschaftspolitik zu schmieden. Denn wer sich in der Analyse der grundsätzlichen Probleme nicht einig ist, der wird nicht zu denselben Lösungsansätzen kommen und sich daher nicht für dieselben Ratschläge stark machen, auch wenn man sich in übergeordneten Zielen wie dem Abbau der Arbeitslosigkeit, einer größeren Verteilungsgerechtigkeit und einer ökologisch nachhaltigen Wirtschaftsweise einig ist.

Gerade das Einfallstor für neoklassische Argumentationsschemata, das wir in den weit verbreiteten Vorstellungen zur *AZV als Mittel gegen Arbeitslosigkeit* sehen, erschwert die Durchsetzung einer anhaltend erfolgreichen Bekämpfung der Arbeitslosigkeit unserer Ansicht nach stark oder macht sie gar unmöglich. Wer den rein logischen (und von jeder Parteipolitik, jedem Rechts-Links-Denken unabhängigen) Zusammenhang versteht, warum eine an der goldenen Lohnregel orientierte Lohnpolitik jeden vom Himmel gefallenen Produktivitätszuwachs zu einer beschäftigungsneutralen Veranstaltung macht, der wird die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit nicht auf einem der beiden folgenden Wege zu erreichen suchen: nicht durch die Dämpfung der Produktivitätsentwicklung und nicht durch die Verkürzung der Arbeitszeit.

Und noch ein Satz gegen naheliegende Missverständnisse: Auch wir sind der Meinung, dass man mit freiwilliger AZV (bei voller Weitergabe der Produktivitätssteigerung in den realen Stundenlöhnen, dazu später Genaueres) durchaus die Hoffnung verbinden kann, zu einer ökologisch verträglicheren Wirtschafts- und obendrein humaneren Lebensweise zu gelangen. Deshalb lehnen wir AZV auch keineswegs grundsätzlich ab. Allerdings halten wir die Vorstellung für falsch, man könne sozusagen die zwei Fliegen 'Arbeitslosigkeit' und 'nachhaltige Entwicklung' mit derselben einen Klappe 'AZV' schlagen.

Nun aber konkret zu der Auseinandersetzung. Professor Bontrup selbst hat sich [zu unserer Kritik geäußert](#) und u.a. folgendes gesagt:

»In der Vergangenheit war die Umsetzung (Transformation) von Technik in Arbeitszeitverkürzung) ... immer zu gering, ansonsten müssten wir keine Massenarbeitslosigkeit beklagen.«

Das ist seine These und diese gilt es zu belegen, weil, wenn sie richtig ist, AZV tatsächlich ein probates Mittel zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit ist. Eine andere These lautet, dass in der Vergangenheit die Umsetzung von Technik (gemeint ist: Produktivitätszuwachs) *in höhere Löhne* zu gering war *und deshalb* Arbeitslosigkeit entstanden ist. Ist diese Behauptung richtig, dann ist das Mittel der Wahl zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit eine Politik höherer Löhne. *Beide* Thesen stehen mit der empirischen Beobachtung einer auf Dauer steigenden Produktivität und anhaltender Arbeitslosigkeit in Einklang.

Beide Thesen müssen genauer spezifiziert werden, damit man sie theoretisch begründen und empirisch belegen (oder widerlegen) kann: Woran gemessen soll eine AZV "zu gering" sein? Oder woran gemessen sollen Löhne "zu gering" sein? An der Arbeitslosigkeit kann man das "zu gering" nicht messen, weil man ja erst beweisen will, dass hinter dem gleichzeitigen empirischen Auftreten von Arbeitslosigkeit und einer bestimmten Arbeitszeitlänge bzw. einer bestimmten Lohnhöhe tatsächlich ein kausaler Zusammenhang besteht. Also muss man einen Maßstab für das "zu gering" finden, der von der jeweiligen These *unabhängig* ist.

Die Unterscheidung zwischen einer These (und ihrem empirischen Beleg) einerseits und ihrem theoretischen Beweis (und *dessen* empirischem Beleg) andererseits wird oft nicht verstanden und deshalb schnell als akademische Haarspalterei abgetan. Sie ist aber ganz im Gegenteil zentral, wenn die wirtschaftspolitischen Schlussfolgerungen aus den angestellten Überlegungen in der Realität zu den erhofften Ergebnissen führen sollen. Ein Mathematiker versteht das sofort. Denn der weiß, dass man in einem Beweis die Behauptung, die man beweisen möchte, nicht selbst wieder verwenden darf, weil man sonst am Ende des Beweises bei $0=0$ landet. $0=0$ ist zwar zweifellos eine richtige Aussage, aber es ist auch eine völlig gehaltlose Aussage. Aus ihr folgt nichts. Sie beweist nichts. Oder alles, also im Zweifel auch das Gegenteil der anfänglichen Behauptung. Es handelt sich nämlich um einen Zirkelschluss.

Mit anderen Worten: Um die Idee zu belegen (und nicht lediglich eine Definition in den Rang einer

Erklärung zu heben), dass Produktivitätssteigerungen *Ursache* von Arbeitslosigkeit sind, wenn nicht "hinreichend viel" AZV stattfindet, kann man nicht die empirische Beobachtung anführen, dass einerseits die Produktivität und andererseits die Arbeitslosigkeit im Lauf der Jahre gestiegen sind und zugleich "zu wenig" AZV stattgefunden hat. Dann nämlich wiederholt man nur die Behauptung, dass zwischen den zu beobachtenden empirischen Fakten ein kausaler Zusammenhang besteht, man begründet ihn aber nicht eigenständig.

Genau so genügt es natürlich nicht, die Löhne einfach nur für "zu niedrig" zu erklären und das damit zu "beweisen", dass es, wenn sie höher gewesen wären, mehr Nachfrage gegeben hätte und dann auch mehr Beschäftigung. Auch das wäre nur eine Wiederholung der Behauptung und keine stichhaltige Begründung. Es wird zwar eine weitere Größe, die Nachfrage, in den "Beweis" eingebaut, aber sie wird nur an die Behauptung drangehängt, statt sie zu begründen. Man sagt damit eigentlich nur, dass die Nachfrage "zu niedrig" gewesen ist. Woran gemessen "zu niedrig", bleibt weiterhin unklar oder bezieht sich auf die tatsächlich beobachtete Beschäftigung oder die tatsächlich festgestellte Arbeitslosigkeit, also die Größe, deren Entstehung es zu erklären gilt.

Was man also braucht, ist die detaillierte Erklärung der Abläufe, die von einer AZV einerseits bzw. einer Lohnerhöhung andererseits in Gang gesetzt werden: Welche Wirkungskette (angefangen bei Preisen über Gewinne bis hin zu Mengen auf den gesamtwirtschaftlichen Märkten) läuft dann konkret in der Marktwirtschaft ab? Welche Wirkung auf die Beschäftigung ergibt sich im Rahmen dieser Abläufe? Erst wenn man das weiß, kann man den Arbeitnehmern und ihren Vertretern einen Ratschlag geben, wie sie am besten vorgehen, um die Arbeitslosigkeit zu beseitigen und den Wünschen der Arbeitnehmer für mehr Lohn und/oder mehr Freizeit gerecht zu werden. Dazu braucht man eine Art Modellvorstellung davon, wie Wirtschaft funktioniert.

Es gibt offenbar viele solcher Vorstellungen, was sich an den sehr verschiedenen Wirtschaftstheorien ablesen lässt. Der eine, der Neoklassiker, glaubt daran, dass bei höheren Löhnen – unter welchen Umständen auch immer – die Unternehmer sofort beginnen, kapitalintensiver zu produzieren und Arbeitsplätze abzubauen, weil die Kosten für den Produktionsfaktor Arbeit steigen. Der Keynesianer wird eher darauf verweisen, dass die inländische Nachfrage zulegt, wenn die Löhne steigen, wodurch die Neigung der Unternehmer, Leute zu entlassen, gebremst wird. Manch einer wird vielleicht sagen, dass höhere Löhne gar nicht zu höherer Nachfrage führen, weil die Leute schon alles haben und nichts Neues kaufen wollen.

Alle diese Standpunkte sind gerechtfertigt, so lange es keine Möglichkeit gibt, das tatsächliche Verhalten der Arbeitnehmer und der Unternehmer empirisch zu überprüfen. Immer muss man anschauen, wie sich die Arbeitnehmer und die Unternehmer (wir reden über eine Marktwirtschaft) in unterschiedlichen Fällen verhalten, wie das auf die von ihnen beeinflussten Aggregate wirkt, also auf den Konsum und die Investitionen (in einer geschlossenen Volkswirtschaft zunächst), und wie sich daraufhin die gesamte Produktion und die Produktivität der Arbeitskraft entwickelt oder wenigstens entwickeln könnte. Also schaut man, ob die Arbeitnehmer zusätzlich verdientes Geld ausgeben oder die Sparquote sofort steigt, und man überprüft, ob die neoklassische Vermutung stimmt, die Unternehmen investierten in kapitalintensivere Produktionsmethoden, wenn die Löhne steigen.

Hat man dazu eine Idee, kann man darüber reden, ob Arbeitslosigkeit entsteht oder nicht. Alle drei Theoretiker wissen natürlich, dass *definitionsgemäß* ein Beschäftigungsrückgang dann gemessen wird, wenn die Produktion zu wenig steigt, um die Produktivitätsgewinne auszugleichen (weil die Produktion selbst immer das Ergebnis des Arbeitseinsatzes und der Effizienz dieses Arbeitseinsatzes ist, denn die Produktivität ist ja *definiert* als Relation von Produktion zu Arbeitseinsatz).

Nun kommt aber ein vierter Theoretiker und sagt, Papperlapapp, ihr habt alle keine Ahnung, ich weiß genau, was passiert, weil ich ja weiß (und das ist sogar unbestreitbar, weil es auf der auch von euch verwendeten Definition beruht), dass die Produktivität auf jeden Fall stärker steigt als die Produktion und das bedeutet Arbeitslosigkeit. Da fragen sich dann die drei ersten Theoretiker, warum sie sich all die Mühe mit der Überprüfung des realen Verhaltens von Arbeitnehmern und Unternehmern gemacht haben, wo es doch so einfach scheint. Beim zweiten Nachdenken werden sie aber ziemlich ungehalten, weil sie wissen, dass man allein mit einer Definition nichts erklären und schon gar keine „Wirkungen“ beschreiben kann.

Denn wenn nun der Keynesianer herausfinden sollte, dass die Arbeitnehmer in der Regel höhere Reallöhne auch in höhere Nachfrage umsetzen, was bei höherer Produktivität auch höhere Produktion erlaubt und damit die Aufrechterhaltung des erreichten Niveaus der Beschäftigung, dann gilt das auf einmal nicht mehr, weil gemäß der vierten Theorie die Produktion immer weniger steigt als die Produktivität. Das „beweist“ der vierte durch die „Tatsache“, dass immer dann, wenn Arbeitslosigkeit entstanden ist, genau dieses Verhältnis von Produktivität und Produktion gegolten hat. Da werden dann die anderen richtig böse, weil man mit Hilfe der Beschreibung der Tatsache, dass Arbeitslosigkeit entstanden ist (definitionsgemäß bedeutet eine Phase sinkender Beschäftigung, dass die Produktivität höher war als die Produktion), nicht erklären kann, *warum* Arbeitslosigkeit entstanden ist. Das aber genau muss man wissen, wenn man die Arbeitslosigkeit wieder beseitigen will. Alles andere sind Kurzschlüsse, mit denen man niemanden überzeugen kann, der etwas von den Dingen versteht. Jeder neoklassisch ausgebildete Ökonom wird die fragwürdige Methodik des Dreisatzes aus Produktivität, Produktion und Beschäftigung schnell durchschauen und widerlegen. Was ist dann gewonnen?

Überzeugen aber muss man am Ende auch, wenn man politisch erfolgreich sein will. Selbst wenn man mit Parolen Wahlen gewinnen kann, praktisch erfolgreiche Politik kann man nur mit der richtigen Theorie machen. Ohne haltbare ökonomische Theorie kann man zweifellos auch Politik betreiben, die Agenda von Rot-Grün nach 1998 zeigt es, man richtet aber leicht Schaden an, dessen Folgen womöglich viele Generationen ausbaden müssen.

Aufgabe der Wissenschaft muss es aus unserer Sicht sein, nicht nur der Politik, sondern auch den Arbeitnehmern und den Gewerkschaften Alternativen aufzuzeigen, statt einfache „Wahrheiten“ zu verkünden, die bei näherem Hinsehen nur Scheinwahrheiten sind. Deshalb haben wir diesen – vielleicht etwas langatmigen, aber vielleicht auch notwendigen – Versuch unternommen, die Logik von Heinz-Josef Bontrup zu durchleuchten. Denn am Ende sind wir überzeugt, dass sich viele bei einer solch zentralen Frage ein eigenes Urteil bilden wollen (und sollten).

Über den Autor

Veröffentlicht am: 26.09.2014 | Editiert am: 21.12.2016

Erschienen unter:

<https://makroskop.eu/2014/09/bontrup-erwiderung-die-erste-zur-logik-und-zur-politik/>